

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 30.11.2022

Ort: der Stadthalle

Beginn: 17:30 Uhr

Ende: 20:40 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Gabriel Dörr

Herr Peter Fichter

Herr Axel Heinzmann

Frau Kirsten Heinzmann

Frau Hedwig König

Herr Kai Noel

Frau Beate Rodgers

Herr Dirk Schmider

Herr Marc Winzer

Herr Ernst Laufer

Herr Constantin Papst

Herr Oliver Freischlader

Herr Guido Santalucia

Herr Hansjörg Staiger

Frau Karola Erchinger

Herr Hans-Peter Rieckmann

Herr Fritz Weißer

Herr Dr. Jörg Zimmermann

Herr Jochen Bäsch

Herr Andre Müller

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt
 Herr Franz Günter
 Herr Klaus Lauble
 Zoe Christmann
 Patrizia Schwarz

Ortsvorsteher Langenschiltach
 Ortsvorsteher Oberkirnach
 Ortsvorsteher Peterzell
 Jugendgemeinderätin
 Jugendgemeinderätin

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
 Herr Giovanni Costantino
 Frau Victoria Dillmann
 Herr Markus Esterle
 Herr Alexander Tröndle

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Vincenzo Sergio
 Herr Georg Wentz

entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Herr Joachim Kieninger

Vertreter des Stockwalds
 entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 17.11.2022 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

Ein Bürger stellt drei Fragen:

1. Er fragt, ob die Stadt vorhabe, aufgrund der erhöhten Kosten wegen der Energiekrise, die Steuern zu erhöhen.

Bürgermeister Rieger antwortet, es würden keine Steuern erhöht. Die Notwendigkeit hierfür sei nicht gegeben. Es sei vorgeschrieben, dass bevor Steuern erhöht werden, die Gebühren z.B. beim Wasser, angepasst werden müssten. Zudem müssten auch freiwillige Leistungen reduziert werden, bevor die Verwaltung Steuern erhöhe. Im Gegenteil, die Verwaltung rufe die Leute zur Freiwilligkeit auf, z.B. mit Spenden für den Klosterweiher.

2. Er bemängelt die hohe Anzahl an Leerständen in St. Georgen.

Bürgermeister Rieger ist das Problem bekannt. Er weist aber darauf hin, dass er kein Immobilienmakler und als Bürgermeister auch nicht für die Leerstände verantwortlich sei. Mit verschiedenen Eigentümern sei die Verwaltung in Gesprächen. Allerdings müsse, z.B. auf dem Marktplatz, auch gesehen werden, dass voraussichtlich zwei Jahre Baustelle sein werde und das dies Einzelhändler dann auch belasten würde. Die Gebäudeeigentümer seien gefordert, ihre Immobilien auf einen Stand zu bringen, dass sie gerne angemietet würden.

3. Er bemängelt die Baustellen und offenen Gräben in St. Georgen und stellt die Frage, wie sich die Verwaltung den Winterdienst vorstelle.

Bürgermeister Rieger erklärt, hauptsächlich seien dies Bauarbeiten wegen des Glasfaserausbaus. Das sei ein Problem des Zweckverbands. Trotzdem sei der städtische Tiefbau daran, eine Lösung zu finden. Der Winterdienst müsse gewährleistet sein.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

- a) Energiesparmaßnahmen Straßen-/Weihnachtsbeleuchtung
Bürgermeister Rieger führt aus, die Stadt gehe bei den Energiesparmaßnahmen mit. Trotzdem gebe es eine Weihnachtsbeleuchtung, die allerdings in den Leuchtzeiten reduziert wurde. Die Weihnachtsbeleuchtung wurde schon vor einiger Zeit auf LED umgestellt. Auf einem Floß im Klosterweiher wurde auch ein Weihnachtsbaum mit Beleuchtung aufgestellt. Dieser werde durch eine Photo-

voltaikanlage betrieben. Ab 01.12.22 werde die Straßenbeleuchtung umgestellt. In der Zeit von 1 bis 4 Uhr werde die Straßenbeleuchtung komplett abgeschaltet. Ausgenommen seien die Fußgängerüberwege, der Bärenkreisel und die Kreuzung Bahnhofstraße/B 33. Zudem werde die Straßenbeleuchtung der ganzen Stadt mit den Ortsteilen auf LED umgestellt.

b) Pressebericht Hotel Kammerer

Bürgermeister Rieger geht auf den Pressebericht über das geplante Bauvorhaben der Familie Will ein. Diesen könne er nicht so stehen lassen. Das Thema Photovoltaik sei in jedem Gespräch nur Beiwerk gewesen. Es sei immer um den Anbau in Richtung Stadtgarten gegangen. Verwaltung und Gemeinderat haben sich gegen das Bauvorhaben ausgesprochen. Es hätte städtebaulich nicht an dieser Stelle gepasst und der Stadtgarten, auch wenn er noch nicht als Projekt angegangen wurde, sei der Verwaltung und dem Gemeinderat viel wert. Die Stadt hätte eine Immobilie gekauft und an die Familie Will vermietet. Dies wurde von der Familie Will abgelehnt. Herr Will lasse keine Gelegenheit aus, die Verwaltung und den Gemeinderat schlecht zu reden. Dies könne so nicht weitergehen. Dass die Stadt die Energiewende nicht unterstütze, müsse er zurückweisen.

c) Haushaltsplan 2023

Bürgermeister Rieger erklärt, er habe sich bei seiner Haushaltsrede Mühe gegeben und darauf hingewiesen, dass es in den nächsten Jahren evtl. etwas anders als bisher laufen könne. Er habe bereits schon Anfragen bekommen, warum sich die Stadt verschulden müsse. Er wolle darauf hinweisen, dass seit dem Jahr 2011 mit 7 Mio. Euro Verbindlichkeiten bis heute diese auf 1,7 Mio. Euro abgebaut wurden. Dies werde nirgends erwähnt. Es müssten Kredite aufgenommen werden, als Gegenleistung erhalte St. Georgen eine Stadtsanierung. St. Georgen liege in der Pro-Kopf-Verschuldung unter dem Landesdurchschnitt. Voraussichtlich müssten 1,5 Mio. Kredite aufgenommen werden. Es würde ihn freuen, wenn gesehen werde, dass der Gemeinderat über 12 Jahre lang Schulden abgebaut und trotzdem in vieles investiert habe. St. Georgen stehe heute gut da, sonst könnten die angedachten Maßnahmen auch nicht realisiert werden. Kredite seien normal; sie müssten eben bedient werden können. Kein Bürger werde hierfür zur Kasse gebeten – es gebe keine Steuererhöhungen. Finanziell sei St. Georgen sehr gut unterwegs und dies solle positiv gesehen werden.

3

Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 23.11.2022

Protokoll:

Der Gemeinderat hat einer Nutzungsvereinbarung mit dem FV/DJK über die Nutzung des Kunstrasensportplatzes zugestimmt.

4 Roter Löwen: a) Möblierung, b) Küchenplanung, c) Schließanlage, d) Kostenfortschreibung
Vorlage: 157/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Rosenfelder und Frau Krompholz vom Architekturbüro sowie die Herren Hauser und Kodet von der Firma smow.

Er führt aus, die Sanierung des Roten Löwen führe immer wieder zu Diskussionen. Er koste viel Geld, aber das Projekt werde von vielen Seiten sehr gelobt. Im Jahr 2012, als die Idee zur Sanierung aufgekommen sei, wurde von den Architekten Rosenfelder und Schwarz eine grobe Kostenschätzung erstellt. Diese sei damals bei 4,5 Mio. Euro gelegen. Dem Gemeinderat wurde das Projekt vorgestellt und Gemeinderat und Verwaltung hätten sich dieses Projekt auch 4,5 Mio. Euro (städtischer Anteil) kosten lassen. Damals sei noch nicht klar gewesen, ob das Projekt überhaupt eine Förderung erfahre. Der Fördersatz liege nun aber bei 55 %. Für die entstandenen Mehrkosten durch die letzten Ausschreibungen wurde ein erneuter Förderantrag gestellt. Somit liege der städtische Anteil unter den damals angesetzten 4,5 Mio. Euro. Er freue sich auf den Roten Löwen, es gehe nun in den Endspurt. Er bittet, keine Angst vor der Summe zu haben, sie stiftet einen Nutzen. Wäre keine Sanierung erfolgt und das Gebäude wäre zerfallen, hätte dies dem Stadtimage sehr geschadet und das seien auch Kosten, zwar nicht in Euro aber Imagekosten. Die Investition müsse allen etwas wert sein. Es sei sehr wichtig, Leben in die Stadt zu bekommen.

Stadtrat Winzer hält ein Plädoyer für den Roten Löwen:

„Der Rote Löwe - Großbaustelle zwischen Haupt- und Hermann-Papst-Straße!

St. Georgen ist nicht unbedingt dafür bekannt, ältere Gebäude zu erhalten. So wurde vor 40-50 Jahren die Stadtmitte komplett saniert, indem alter Bestand rückgebaut und durch betonhaltige Gebäude ersetzt wurde. Aus heutiger Sicht ein großer Fehler, der viel Schönheit und Scharm gekostet hat.

Bereits in der letzten Legislaturperiode, also vor 2019, war klar, dass über die Zukunft des Roten Löwen eine weitreichende Entscheidung getroffen werden muss, da die Substanz einen Weiterbetrieb immer schwieriger gemacht hat. Dazu kamen noch Themen wie Brandschutz und 2. Rettungsweg. Glücklicherweise hat der Gemeinderat am 23. Januar 2019 beschlossen, das Gebäude nicht abzureißen, sondern zu erhalten.

Die ersten Zahlen der Kosten waren Schätzungen aus 2012 anhand Durchschnitts-Sanierungskosten pro Kubikmeter umbauten Raum. Die Summe von EUR 4,5 Mio. wurden als Deckel fixiert, damals noch ohne

SIQ-Förderungsmittel. Es wurde früh beschlossen, das Sanierungsgebiet V zu erweitern und Fördertöpfe zu erschließen. Auch war klar, dass aus dem Roten Löwe eine Art Bürgerhaus werden sollte. Damit lagen beste Voraussetzungen für das Förderprogramm ‚Soziales im Quartier‘ vor.

Am 13. April dieses Jahres konnte der Gemeinderat das komplette entkernte Gebäude besichtigen; der riesige umbaute Raum war sehr beeindruckend, der Blick durch das Dach war wie ein Blick in eine Kathedrale.

Im Laufe der Analyse des Gebäudes und später auch der Explosion der Material- und anderer Kosten, war klar, dass die ursprüngliche Kostenschätzung nicht ausreichen wird. Dank des Engagements der Verwaltung konnte eine Erhöhung der Fördersumme um EUR 320.000 Euro erreicht werden. Damit wird das Projekt mit über 55% gefördert und der städtische Anteil liegt damit unter EUR 3 Mio. Ein so hoher Förderrahmen ist absolut unüblich.

Wenn ich den aktuellen Baufortschritt betrachte und auch die heutigen Pläne sehe, erkenne ich die Verschmelzung eines wunderbar sanierten Altbaus mit einem modernen Anbau. Ein Gebäude, das viel mehr als ein reines Bürgerhaus ist. Es ist tatsächlich ein Treffpunkt von Jung und Alt in der Stadtmitte. Vom Jugendhaus über das Bürgercafé, mit den Beratungsstellen der Werkstatt und des Landratsamts bis hin zum Bürgersaal, in dem Veranstaltungen angeboten werden: ein schlüssiges Konzept, an dem wir Bürger:Innen viel Freude haben werden.

Die Verwaltung, der Gemeinderat und vor allem alle St. Georgener dürfen und sollten stolz darauf sein, ein Vorzeigezentrum geschaffen zu haben, wenn es dann nächstes Jahr eröffnet wird! Dies ist ein großer Schritt zurück in Richtung Schönheit und Scharm. Die nächsten Projekte mit Marktplatz plus Garage und auch Rathaus stehen bereits vor der Ausschreibung bzw. in der Vorplanung. Weiter so!“

Herr Hauser stellt sich vor. Seit 38 Jahren berate er die Stadt St. Georgen bei der Möblierung. Seit ca. eineinhalb Jahren sei er mit dem Projekt Roter Löwe beschäftigt und habe ein Konzept für die Stadt St. Georgen erarbeitet. Gemeinsamen mit dem Lenkungsausschuss sei die Möblierung besprochen worden.

Herr Kodet erläutert dem Gremium das Konzept und stellt den Möblierungsvorschlag in den jeweiligen Stockwerken vor. Im Bürgercafé seien teils Stehtische mit Hocker, normale Sitzgelegenheiten sowie Sitzgelegenheiten aus altem Baumaterial des Roten Löwen geplant. Dort sei auch ein abgehängtes Deckensegel für den Schall vorgesehen. Die Beleuchtung erfolge mit LED. Der Bodenbelag erfolge in Vintage-Fliesen in der dunkleren Variante. In Richtung Jugendraum, im Flur, werde mit den gleichen Fliesen, aber in der helleren Variante, gearbeitet. Der Jugendraum erhalte einen polierten, geschliffenen Estrich sowie Einbauleuchten. Als Möblierung seien Launchecken, Tische, der bestehende DJ-Bus usw. vorgesehen. Angegliedert sei ein Büro mit Besprechungsbereich. Im Obergeschoss würden Büros ausgestattet und ein Besprechungsraum mit Klapp-

tischen, die platzsparend verstaut werden könnten. Im Obergeschoss befinde sich noch die Kleinkindbetreuung mit einer Cafésituation. Der Boden im Flur erhalte ebenfalls die hellere Vintage Fliesen-Variante. Die Büros würden mit Nadelfilzteppich ausgestattet, Besprechungs- und Kleinkindraum erhalte einen grauen Linoleum Hartbelag. Im Dachgeschoss gebe es auch das Klapptischsystem. Als Bodenbelag sei ein hochwertiger roter Teppichboden vorgesehen. Der Raum sei schon sehr holzig und bräuchte eine Schalldämmung. Im Anbau gebe es einen Sauberlaufteppich.

Stadtrat Freischlager hält die Entscheidung für die Sanierung des Roten Löwen für richtig, auch wenn er anfänglich Schwierigkeiten damit gehabt habe. Dass das Jugendhaus ihre Einrichtungsgegenstände mitnehme, finde er gut. Die Diskussion über den Boden im Dachgeschoss führe er mit sich selbst auch. Er habe bei Holz ein stärkeres Erlebnis als bei Teppich.

Herr Kodet erklärt, die Qualität des Teppichs im Dachgeschoss sei wesentlich höher als in den Büros. Er sei äußerst robust.

Herr Hauser bittet den Gemeinderat um das Vertrauen in seine langjährige Erfahrung. Er sehe auch, dass sich der „Rote“ Löwen innen widerspiegeln müsse. Weiter gehe es um Trittschall und es müsse ein wertiger Bodenbelag sein. Ein Parkett schaffe dies nicht. Es müsse denjenigen vertraut werden, die versucht haben die „gute Stube“ einzurichten. Allerdings gebe es kein Richtig und kein Falsch, der Bauch entscheide.

Stadtrat Staiger erklärt, er sei anfangs ganz klar bei einem Holzboden gewesen, habe sich allerdings überzeugen lassen. Zwei wichtige Punkte hätten ihn überzeugt, zum einen die rote Farbe, die den Roten Löwen wiedergeben solle und der Trittschall. Er erwähne die Stadthalle, bei der das laute Stühlerücken auf dem Holzboden ihn sehr störe.

Stadtrat Bäsch erwähnt, es sei gut begründet worden. Das Gebäude und die Inneneinrichtung sollen markant werden. Die Vintagefliesen passten zu einem alten Gebäude. Die Argumente von Herrn Staiger für den Teppichboden könne er bestätigen. Durch das große offene Dach bräuchte es einen Schallschutz. Er ist überzeugt, dass St. Georgen ein schönes Gebäude bekommen werde.

Stadträtin König sieht das Problem bei der Hygiene. Es müsse sicherlich regelmäßig eine Grundreinigung erfolgen. Auch Desinfektion sei ein Punkt, der bei einem Holzboden besser funktioniere. Einen Holzboden könne man gut reinigen und evtl. abschleifen. Kaugummi und Flecken sprächen ihrer Meinung nach gegen einen Teppichboden. Auch die Nachhaltigkeit sei bei Holz gegenüber einer Kunstfaser gegeben. Die Folgekosten für die Reinigung müssten bei einem Teppich beachtet werden.

Herr Hauser gibt Frau König teilweise Recht. Kaugummis seien ein Problem im Teppichboden. Es werde ein guter Bürstenreiniger, kein gewöhnlicher Staubsauger, für die Reinigung benötigt. Das sei alles, was bei der Reinigung gemacht werden könne. Flecken müssten zeitnah entfernt werden. Die Reinigung des Teppichs sei sehr wichtig.

Herr Kodet bestätigt, bei einer richtigen Reinigung habe der Teppich eine große Langlebigkeit. Ein weiterer Vorteil seien die Teppichfliesen von 50 x 50 cm. So könnten einzelne Teppichteile auch ausgetauscht werden. Voraussetzung sei, dass einige mehr bestellt und auf die Seite gelegt würden.

Stadtrat Laufer führt aus, er habe ein Problem mit der Farbe. In dem Saal finde Catering statt und auf einem roten Teppich sehe man die Flecken viel stärker als auf einem dunklen Teppich.

Herr Kodet antwortet, je weniger Flecken man sehe, um so weniger werde gereinigt. Flecken müssten einfach gleich behandelt werden.

Herr Hauser weist darauf hin, diese Teppichqualität habe er schon in Banken, Landratsämtern usw. verlegt. Er biete nichts an, womit der Käufer nicht mindestens 25 Jahre seine Ruhe habe. Er bittet um das Vertrauen in seine langjährige Erfahrung. Die Qualität stimme. Es gehe um Teppich ja oder nein und um die Farbe rot ja oder nein.

Stadtrat Heinzmann erwähnt, er wolle von den technischen Details weg. Solch ein Teppich passe wohl in Banken und Landratsämter, aber keinesfalls in einen Festsaal. Beim Bürgersaal handle es sich um eine Art Tenne mit offenem Holzgebälk. Seiner Meinung nach passten hier nur Dielen und nichts anderes. Nicht umsonst sei auf allen Bildern mit den Möbeln ein Holzboden zu sehen. Er wolle auch keine Holzkiste in einem Holztön. Aber ein Teppich sei seiner Meinung nach ein Rückschritt in die 80er Jahre. Es gehe aber auch um die Kosten. Außerdem solle der Boden die nächsten 30 Jahre halten und ob ein roter Teppich so lang eine „Duftnote“ setzen könne, bezweifle er.

Bürgermeister Rieger erklärt, der Lenkungsausschuss beschäftige sich seit eineinhalb Jahren mit dem Thema, sie hätten sich bestimmt bei der Auswahl etwas gedacht. Der offene Spitz dürfe nicht mit Akkustikmaterial aufgehängt werden. Dies müsse aber evtl. bei einem Holzboden geschehen.

Herr Rosenfelder erklärt, harte Oberflächen hätten einen größeren Rückhall als weiche Flächen. Bei einem Holzboden sei es notwendig, ein Element der Schallbrechung anzubringen, sonst hätte niemand Spaß mit dem Raum. Entweder der Fußboden oder eine Wandbeplankung oder sonst ein weiches Material, das die Schallwellen aufnehmen könne.

Stadtrat Heinzmann erklärt, eine abgehangte Decke wolle er auch nicht. Er könne sich weiche Materialien am Kniestock vorstellen.

Stadträtin Erchinger erkundigt sich, ob der Teppichboden ca. 40.000 Euro günstiger sei als ein Holzboden.

Herr Kodet erklärt, von ihm sei kein Holzboden angeboten worden.

Herr Rosenfelder klärt auf, ursprünglich sei die Ausschreibung mit einem Holzboden bepreist worden. In der Projektentwicklung hätten sich Alternativen entwickelt. Daher wurden die Kosten angepasst. Ein Holzboden käme ca. 40.000 bis 50.000 Euro teurer als Teppichboden.

Stadträtin Rodgers erklärt, der Fußboden bewege alle Gemüter. Sie könne sich einen Festsaal mit einem roten Teppich gut vorstellen. Der Schallschutz sei enorm wichtig. Holz halte sie für hart und kalt.

Stadträtin Heinzmann führt aus, es sei eine reine Geschmackssache. Sie ist auch der Meinung, ein Teppich passe nicht in den Saal. Der Rote Löwe sei ein sensibles Thema. Die Diskussionen hätten gezeigt, die Bürger hätten Sehnsucht nach etwas Altem gehabt. Ihrer Meinung nach passe da ein roter Teppich nicht dazu.

Bürgermeister Rieger ist der Meinung, durch eine richtige Kommunikation könne es den Bürgern nahegebracht werden.

Stadtrat Freischlader erkundigt sich, ob es möglich wäre, die Wände mit Schallschutz auszustatten.

Herr Rosenfelder erklärt, dies sei möglich. Aber es seien auch hier Balken mit Sichtschalung vorgesehen. Außerdem gebe es kaum gerade Wände und einen kleinen Kniestock. Zwei Schiebetürelemente seien auch noch vorgesehen. Evtl. gebe es dort eine Möglichkeit. Der Schallschutz müsse nicht zwingend am Boden oder an der Decke sein. Allerdings sei er am effizientesten am Boden.

Stadtrat Schmider geht auf die Kosten in der Vorlage ein und möchte diese erklärt haben.

Nach Durchsicht der Unterlagen stellt Herr Rosenfelder fest, dass es in der Vorlage nicht um den Bodenbelag gehe. Die Kosten seien für die Möblierung in den verschiedenen Stockwerken.

Stadtrat Rieckmann erklärt, aus hygienischen und praktischen Gründen überzeuge ihn der Teppich nicht. Es gehe um ein historisches Gebäude und hier passe ein dunkler Dielenboden besser. Dieser müsse vom restlichen Holz farblich abgesetzt sein. Für den Schallschutz müsse es eine Lösung geben. Herrn Hauser bittet er um Nachbesserung bei den Stadthallenstühlen. Ihn störe das laute Gerutsche auf dem Holzboden.

Bürgermeister Rieger erklärt, ihm sei es egal, ob ein Teppich oder ein Holzboden verlegt werde. Er sehe die bessere Lösung im Schallschutz beim Teppich.

Stadtrat Papst ist der Meinung, die Wände zu verhängen, sei auch schade. Das Thema Schall müsse vernünftig in den Griff bekommen werden. Er halte es immer für belebend, wenn etwas geschehe, was nicht normal sei. Er würde auf jeden Fall einen roten Teppich in das historische Gebäude verlegen.

Stadtrat Winzer erklärt, der Schallschutz sei ihm wichtiger als ein Holzboden. Das Gebälk bis in den Spitz und ein Teppich würden den Raum warm und gemütlich machen. Er könne es sich nicht vorstellen, die Decke abzuhängen oder ähnliches.

Bürgermeister Rieger erklärt bei der Besichtigungstour mit Herrn Sutter sei ihm schon klar geworden, dass es kein Holzboden geben könne – wegen dem Schall.

Stadtrat Bäsch erwähnt, der Rote Löwe werde von außen nach wie vor sehr schlicht wirken. Daher müssten im Innern Akzente gesetzt werden. Dazu gehöre der rote Teppichboden.

Stadtrat Heinzmann führt aus, nicht automatisch sei eine abgehangene Decke bei einem Holzboden inkludiert. Sein Bauchgefühl sage ihm, niemand würde in sein Privathaus einen roten Teppich verlegen.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, es gebe verschiedene Punkte, die für einen Teppich sprechen. Zum einen die Reinigung. Es solle versucht werden, nicht zu viele unterschiedliche Böden im Haus zu verlegen. Für den Schallschutz gebe es sicherlich Möglichkeiten. Es müsse mit Schaumstoff gearbeitet werden. Die Frage sei, ob allein ein Teppichboden ausreiche. Dem alten Stil werde man in der Begegnungsstätte gerecht. Für den Festsaal sei Teppich festlicher als alles andere.

Aus der Mitte des Gemeinderats kann der Wunsch nach einer Abstimmung über den Bodenbelag erkannt werden.

Bürgermeister Rieger schlägt vor, einen Beschluss über den Boden im Bürgersaal herbeizuführen und in den Beschlussvorschlag aufzunehmen. Der Gemeinderat stimmt dem zu.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt die geplanten Küchenmöbel. Es gehe um gewöhnliche Haushaltsküchen in unterschiedlichen Varianten in den jeweiligen Stockwerken.

Herr Costantino erläutert die geplante Schließanlage. Wichtig sei die Übereinstimmung mit den Anlagen im Rathaus und im Hallenbad sowie der Zeiterfassung. Die Software könne erweitert werden. Die Schließanlage funktioniere mit einem Chip, der programmiert bzw. auch gesperrt werden könne.

Frau Krompholz stellt die der Vorlage angehängte Kostenfortschreibung vor. Aktuell läge diese 15,3 % höher als die ursprüngliche Kostenberechnung. Allerdings seien zwischenzeitlich die Ausschreibungen für Maler, Trockenbau und Fliesenleger geprüft. Die Preise lägen alle unter den Kostenberechnungen, so dass sich die Erhöhung auf 11,1 % reduziere.

Herr Rosenfelder stellt die einzelnen Nachträge, wie in der Vorlage angehängt, vor. Die tatsächlichen echten Nachträge würden sich auf

270.491,83 Euro belaufen.

Stadtrat Freischlager ist der Meinung, bei diesen Kosten sei die Stadt mit einem blauen Auge davon gekommen. Es müsse gesehen werden, dass zwischen Kostenschätzung und Ausführung zehn Jahr lägen.

Herr Rosenfelder zeigt dem Gremium Fotos von der Baustelle.

Stadtrat Rieckmann erkundigt sich, ob die Lüftungsfenster für den Gewölbekeller weiter in Funktion blieben.

Herr Rosenfelder antwortet, nicht alle könnten erhalten werden. Es gebe im Roten Löwen ein leichtes Radonproblem. Das Lüftungssystem leite aus dem Gewölbe nach außen ab. Gleichzeitig werde Feuchtigkeit abtransportiert. Etwa zwei bis drei Fenster würden offen bleiben. Die restlichen habe er auf die Seite genommen und werde sie evtl. aufarbeiten lassen. Er habe dafür bereits eine Idee.

Stadtrat Winzer erkundigt sich, ob die alte Mauer teilweise sichtbar sei.

Herr Rosenfelder erklärt, er habe dies mit Herrn Hengstler durchgesprochen. Auf jeden Fall gebe es ein Sichtmauerwerk im Bereich Begegnungsstätte. Nächste Woche solle dies geklärt werden.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat stimmt dem Einbau eines roten Teppichbodens laut Musterfliese (wird in der Sitzung vorgestellt) im Dachgeschoss (Bürgersaal) zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 9

Enthaltung: 1

- b) Der Gemeinderat nimmt die Kosten für das Möblierungskonzept von Smow zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf dessen Grundlage die Möblierungsarbeiten auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./

- c) Der Gemeinderat nimmt die Kosten für die benötigten Küchen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Planung von Küche & Co. die Küchenarbeiten auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

- d) Der Gemeinderat nimmt die Kosten für das angedachte Schließsystem zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung ein aktuelles Angebot der Firma IVS Zeit + Sicherheit GmbH einzuholen und die Vergabe vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

- e) Der Gemeinderat nimmt die Kostenfortschreibung durch das Architekturbüro Rosenfelder zur Kenntnis.

5 Bebauungsplan „Im Bühl“ im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB
Vorlage: 155/22

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, es gebe nur noch zwei städtische Bauplätze in Langenschiltach. Eine Stadt könne Bauplätze zu günstigeren Preisen als ein Privatanbieter veräußern. Es sei wichtig, dass sich die Bürger die Bauplätze leisten können. Daher sei es sinnvoll ein städtisches Gebiet zu erschließen.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, in der Zeit der Klausur 2018 habe die Stadt über keine kommunalen Bauplätze verfügt. Es sollte die Richtung festgelegt werden. Der Flächennutzungsplan gebe eine Entwicklung in diesem Bereich vor. Beim Bebauungsplan „Im Bühl“ handle es sich um eine Innenentwicklung, einen Lückenschluss. Daher könne das Bebauungsplanverfahren nach § 13b Baugesetzbuch abgewickelt werden. Im beschleunigten Verfahren werde von der Umweltprüfung und dem Umweltbericht nach § 2 BauGB Abs. 4 abgesehen. Es seien jedoch Aussagen über die Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft bzw. über die Betroffenheit der Schutzgüter Biotop, Arten, Boden, Grund- und Oberflächenwasser, Klima, Landschaftsbild und Erholung sowie auf den Menschen zu treffen. Ein Problem stelle die Ausrichtung dar. Es handle sich um einen Nordhang. Mittlerweile gelte für Neubauten eine Photovoltaikverpflichtung. Die Beschattung müsse beachtet werden. Die Häuser müssten dementsprechend ausgerichtet werden. Ein Blick auf die beiden angrenzenden Bebauungspläne zeige einen geplanten Ringschluss mit der Talstraße auf. Dies könne heute nicht mehr verwirklicht werden, aber es

zeige auf, dass schon früher an eine Weiterbebauung gedacht wurde. Mit der Neuaufstellung werden diese Abgrenzungen bereinigt. Im Gebiet bestehe ein kleines Biotop. Ein Biotopverbund sei vorgesehen, was wichtig für Tierwanderungen sei. Wie damit umgegangen werde, werde das Verfahren zeigen. Der dringende Bedarf nach Baufläche sei aktuell rückläufig. Trotzdem solle das Planungsrecht auf den Weg gebracht werden, um bei Bedarf rasch handeln zu können. Eine Erschließung sei noch nicht geplant. Für die Anlieger solle es einen Informationsabend geben. Die Zeitschiene sehe den heutigen Aufstellungsbeschluss vor. Nach den öffentlichen Auslegungen und Beteiligungen der Behörden und Träger öffentlicher Belange könne ein Inkrafttreten am 25.10.2023 erfolgen.

Stadtrat Weißer erkundigt sich nach der Grenze zu Flst.-Nr. 373/4.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, die Flächen Flst.-Nr. 373/3 und 373 seien nicht im Eigentum der Stadt. Seitens der Eigentümer sei hier keine Entwicklung gewünscht.

Stadtrat Schmider erklärt, die Grüne Liste-Fraktion werde diesem Beschlussvorschlag nicht zustimmen. Es fehle ein ausführliches Umweltverfahren. Auch Ausgleichsflächen müssen beim §13b nicht erfüllt werden. Da keine Dringlichkeit bestehe, könne ein ausführliches Bebauungsplanverfahren angewandt werden.

Stadträtin Heinzmann erwähnt, es gehe auch um die Grundhaltung der Stadt St. Georgen zum aktuellen Umweltschutz. Zum Jahresende laufe diese Verfahrensmöglichkeit des § 13b aus. Dies nicht umsonst, da er kontraproduktiv sei. Mit dem Kleinstmöglichen könne ein Flächenverbrauch erfolgen. Die Stadt solle ein Zeichen in Richtung Umweltschutz setzen, sowieso, wenn keine Dringlichkeit bestehe. Ein normales Bebauungsplanverfahren solle durchgeführt. Sie stellt den Antrag, darüber abstimmen zu lassen.

Einem normalen Verfahren stimmen drei Gemeinderäte zu. Somit ist dies abgelehnt.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, dieses Gebiet soll weit über den normalen Standard in der Infrastruktur abgewickelt werden. Regenwassernutzung, Nahwärmenetz usw. Dies alles werde der Umwelt dienlich sein.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt St. Georgen beschließt für den im Abgrenzungsplan dargestellten Geltungsbereich die Aufstellung des Bebauungsplans „Im Bühl“ im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 18

Ablehnung: 3

Enthaltung: ./.

**6 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) 2030:
Änderung der Mitglieder im Entwicklungsbeirat
Vorlage: 158/22**

Protokoll:

Frau Dillmann erläutert die Vorlage. In der letzten Sitzung des Entwicklungsbeirates wurde die Geschäftsordnung in verschiedenen Punkten angepasst. So falle u.a die Fremdmoderation weg. Die Besetzung erfolgte nicht mehr namentlich. Vorsitzender sei Herr Westermann.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einsetzung von Frau Victoria Dillmann als Vertreterin der Stadtverwaltung in den Entwicklungsbeirat und stimmt der Änderung der Geschäftsordnung zu.

Der künftige Entwicklungsbeirat setzt sich somit wie folgt zusammen:

- Jochen Bäsch, FDP-Fraktion
- Ernst Laufer, CDU-Fraktion
- Oliver Freischlader, SPD-Fraktion
- Fritz Weißer, Fraktion der Freien Wähler
- Axel Heinzmann, Grüne-Fraktion
- Florian Schuhbauer, Jugendgemeinderat
- Victoria Dillmann, Vertreterin der Stadtverwaltung
- Robert Rettich, Vertreter aus der Wirtschaft und Industrie
- Jörg Westermann, Vertreter der Schulen
- Ute Scholz, Vertreterin aus dem Kultur- & Vereinsbereich
- Antonia Musacchio Torzilli, Vertreterin aus dem sozialen Bereich
- Sabine Günter, Vertreterin des Handels- und Gewerbevereins

Der Gemeinderat bestimmt Jörg Westermann als Vorsitz des Entwicklungsbeirates und Victoria Dillmann als seine Stellvertreterin.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen für die Maßnahme Entschlammung des Klosterweiher, Genehmigung gem. § 78 Abs. 4 GemO
Vorlage: 134/22**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erklärt, es gingen immer wieder Spenden für den Klosterweiher ein. Den Menschen sei der Weiher wichtig. Er zeigt sich froh, dass die Entscheidung für ein Entschlammung getroffen wurde.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnl. Zuwendungen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

8 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

a) Roter Löwen

Stadtrat Freischlader bedankt sich bei Verwaltung und Gemeinderat für die Diskussion beim Thema Roter Löwen. Solch ein Haus brauche diese Diskussionen.

b) Hotel Kammerer

Stadtrat Freischlader zeigt sich betroffen über das Verhalten der Eheleute Will. Es seien klare Beleidigungen gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat. Der Gemeinderat habe die Sorgen der Eheleute Will ernst genommen. Es sei im Pressebericht nicht die gesamte Wahrheit gesagt worden. Dies könne so nicht sein. Er bezeichnet die Vorgehensweise als unverschämt und nennt Herrn Will einen Lügner.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 12. Januar 2023